CAROLYN DRAKE / PANOS

FOTO-TABLEAU: UIGUREN – EIN VOLK KÄMPFT UMS ÜBERLEBEN 5/5

Im Dorf Laika sind die Uiguren noch unter sich und können auf dem Sonntagsmarkt ihre besten Kleider ausführen. Aber die von Peking betriebene Verdrängungspolitik hat ihren Bevölkerungsanteil im uigurischen Autonomiegebiet binnen fünfzig Jahren von 90 auf 45 Prozent absinken lassen; wer sich nicht sprachlich und kulturell den Chinesen anpasst, hat kaum Aufstiegschancen. Die vielfach ausgezeichnete Fotografin Carolyn Drake stellt ihre Kunst in den Dienst dieser bedrohten Kultur.

www.nzz.ch/tableau

ZUSCHRIFTEN VON LESERINNEN UND LESERN

Atomausstieg ohne Europa

Die Schweizer Medien haben uns vorgerechnet: Ein Atomkraftwerk ist ersetzbar durch 1000 grosse Windräder oder 400 000 m² hocheffektive Photovoltaik-Fläche. Dies sind allerdings nur installierte Leistungen bei optimalen Sonnen- und Windverhältnissen. Die verfügbaren Leistungen sind geringer bei ungünstiger Lage, Bewölkung, Windstille et cetera. Dann würde noch mehr Fläche für Energiegewinnung benötigt. Haben wir in Deutschland bis 2022 diese Flächen auch für Leitungen und Energiespeicher wie zum Beispiel die Stauseen der Pumpspeicherwerke? Und was ist mit den zu erwartenden Eingriffen in die Natur und den hier drohenden politischen Risiken?

Der Atomausstieg hat eine Gemeinsamkeit mit Friedenspolitik: In den grünen Grundthemen ist uns der Europa-Gedanke verloren gegangen. «Das Fehlen Europas in der deutschen Energie-Debatte ist himmelschreiend», schrieb «Le Monde». Demnach vernachlässigen wir unsere Klimaschutzziele durch neue fossile Energieträger. Deutschland ignoriert den Anstieg der Erdgaspreise auf dem Weltmarkt und das Faktum, dass seine europäischen Partner neue Abhängigkeiten der gesamten EU von Russland ablehnen. Wenn wir die ökonomische Rationalität in unserem politischen System nicht mehr wollen und dafür charismatische Persönlichkeiten suchen, drohen wieder die Anfänge eines neuen Totalitarismus in einem aus Europa gefallenen Deutschland.

Karl-Josef Klees, D-Pirmasens

Zu wenig Kontakte

In den Medien wird seit dem furchtbaren Unfall in Fukushima immer wieder erwähnt, dass die Katastrophe auf die Japaner offensichtlich ohne Wirkung bleibt und das Leben ganz normal weitergeht. Und nun hören wir von Urs Schoettli (NZZ 30. 5. 11), dass man sogar in den Geschäften nach wie vor beflissen bedient wird und keinerlei Unachtsamkeiten festzustellen sind. Hält er das für einen berichtenswerten Vorgang? Ist wirklich denkbar, dass in der Schweiz nach einer grossen Katastrophe im Supermarkt an der Käsetheke keine Ware mehr ausgegeben wird, weil die Verkäuferin unter andauerndem Schock steht? Dass Nachlässigkeiten im täglichen Leben mit einem Atomunfall entschuldigt werden? Es ist doch etwas albern, die Wirkung von Fukushima auf die Japaner mit diesen Hinweisen erklären zu wollen. Man gewinnt als Europäer den Eindruck, dass Berichte aus Fernost oft keine handfesten Tatsachen bringen, weil die Berichterstatter zu wenig direkte und persönliche Kontakte zur dortigen Bevölkerung haben und auch sprachlich eingeschränkt sind. Da werden dann als Ersatz Erlebnisse aus dem Kaufhaus gebracht.

Rainer Stolz, D-Neuss

Gedanken zur Unschuldsvermutung

Das Wort Unschuldsvermutung, so oft gebraucht im Zusammenhang mit der Affäre Strauss-Kahn, ist irreführend. Wer die Polizei schickt, um einen Mann hoher Stellung und bekannten Namens kurz vor dem Start im Flugzeug in Haft zu nehmen, hält diesen nicht für unschuldig, sondern vermutet, er sei einer Tat schuldig. Solange allerdings seine Schuld nicht vor Gericht erwiesen ist, darf er nicht für schuldig gelten, was nicht ganz dasselbe bedeutet wie unschuldig.

Der Fall eines Mächtigen hat von jeher den Nicht-Mächtigen Genugtuung verschafft. Vernimmt man von Untaten zwischen Mann und Frau, ist man froh, dass man sich selbst zu den Gerechten zählen kann, aber auch nicht unfroh, dass es solche Untaten gibt. Die modernen Kommunikationsmittel nützen dies aus, indem sie den Gaffern so viel wie möglich mit Bild und Wort zur schaudernd lüsternen Kenntnis bringen. Indes, wer sich hier erhaben fühlt, denke an des Teufels Wort zu Faust: «Die schlechteste Gesellschaft lässt dich fühlen, dass du ein Mensch mit Menschen bist.»

Robert Schneebeli, Zürich

Das Parlament untätig gegen «Abzocker»

Thomas Minder als streitbaren Unternehmer zu bezeichnen (NZZ 8. 6. 11), erachte ich als deplaciert. Wenn ein Bürger dieses Landes sich dafür einsetzt, dass «Abzockerei» an den Pranger kommt und möglichst eliminiert wird, ist dies aus Sicht der grossen Mehrheit der Schweizer Bevölkerung sehr wünschenswert und ganz im Sinne des wirtschaftlichen Friedens für dieses Land. Bedenklich ist hingegen das Verhalten jener Parlamentarier, die ihrer Aufgabe keineswegs nachkommen und mit allen Mitteln versuchen, die Initiative zu bodigen. Ihr Verhalten ist kein Betriebsunfall, sondern eine Verweigerung ihrer Pflichten.

Max Rudolf Koch, Emmenbrücke

Die Minder-Initiative überfordert die Räte. Und René Zeller hat recht: Der Umgang mit Volksinitiativen ist korrekturbedürftig. Die parlamentarische Beratung muss effizienter und kürzer werden. Aber hier hätte es eine einfachere Problemlösung gegeben – eine höhere Bundessteuer für die überrissenen, unanständig überhöhten Einkommen, für die «Abzocker». Die sehr hohen Einkommen einzelner Manager sind nicht nur ein Ärgernis, sie sind auch eine Gefährdung des sozialen Friedens und letztlich des Systems unserer Marktwirtschaft. Die Politik muss handeln. Wenn man das «Übel» nicht verhindern kann – und das würde auch die Minder-Initiative nicht –, dann wenigstens eine «Bonussteuer». Das Instrument dazu ist vorhanden: die Bundessteuer. Dort beträgt der Höchstsatz heute lediglich 11 Prozent des Einkommens. Man muss diesen Satz deutlich erhöhen und die Progression ausdehnen bis zu den heute bezahlten Millionensalären. Mit dieser Lösung würden nicht nur die Banker-Boni, sondern alle zu hohen Einkommen erfasst.

Hans Popp, Liebefeld

Nationalrat Zuppiger in der Zwickmühle

Der Schweiz geht es wirtschaftlich gut. International ist sie Spitze. Das hat natürlich verschiedene Ursachen. Eine der wichtigsten jedoch ist die Öffnung nach aussen. Nach der Schwächeperiode der neunziger Jahre fand das Land mit dem Inkrafttreten der bilateralen Verträge mit der EU zum Wachstum zurück. Genau diese erfolgreiche Öffnung jedoch will die SVP mit ihrer Initiative gegen die Personenfreizügigkeit rückgängig machen. Deren Annahme könnte sehr wohl das Ende der Bilateralen überhaupt bedeuten. Kein Wunder, dass der SVP-Nationalrat und Präsident des Gewerbeverbandes im Interview mit der NZZ (4. 6. 11) sein Dilemma durchschimmern lässt.

Der Gewerbeverband sagt Ja zur Personenfreizügigkeit, seine Partei Nein. Beides zusammen geht nicht. Trotz manchem Wenn und Aber lässt sich zwischen den Zeilen doch herauslesen, dass Zuppiger eher dem Gewerbeverband zuneigt. Aber warum sagt er das nicht klipp und klar? Sein Fraktionskollege Nationalrat Peter Spuhler hat es kürzlich in einem Interview im Berner «Bund» getan: «Würden wir die Bilateralen kündigen, wäre dies für die Wirtschaft eine Katastrophe.» Das bringt die Sache auch für Zuppigers Gewerbeverband auf den Punkt.

Rudolf Friedrich, Winterthur
alt Bundesrat

Personenfreizügigkeit und Planwirtschaft

Mit Interesse verfolge ich die Diskussion über die von der SVP geforderte Neuverhandlung der Personenfreizügigkeit mit der EU. Es ist für mich unerklärlich, wie kurzsichtig wir geworden sind. Die EU-Edelflüchtlinge, welche wir mit in der Schweiz beschäftigen, sind ein Spiegelbild unseres wirtschaftlichen Erfolgs. Das von gewissen Kreisen künstlich generierte Risiko auf dem Arbeitsmarkt und die Forderung nach einer «besseren Steuerung» haben schon fast den kommunistischen Charakter einer Planwirtschaft angenommen.

Stattdessen sollten wir analysieren, was denn unsere ausländischen Nachbarn auf dem heimischen Arbeitsmarkt so erfolgreich macht. Sind sie besser ausgebildet? Können sie sich besser verkaufen? Verlangen sie weniger Lohn? Sind sie mobiler? Vielleicht ist es etwas von allem. Dann sollten wir doch eher den Zugang zu Hochschulen nicht nur ebnen, sondern auch die Studiengebühren steuerlich begünstigen. Der vielgerühmte schweizerische Lehrabschluss hat noch heute kein europäisches Pendant. Warum? Eidgenössisch anerkannte Diplome und Abschlüsse werden dank Bologna mit klingenden englischen Titeln versehen, im EU-Raum aber belächelt. Die Freizügigkeit ist beidseitig zu verstehen. Warum also fangen wir nicht an, unseren Erfolg endlich zu verkaufen, statt uns dafür selber zu bemitleiden?

Daniel Weissenberger, Riehen

Auch Hoffnung in Wounded Knee

Zu der eindrücklichen Beschreibung der Geschichte und des Lebens der heutigen Dakota-Indianer (NZZ 30. 5. 11) ist ein Hinweis auf den als besten Dokumentarfilm 2009 mit dem Schweizer Filmpreis ausgezeichneten Film «No More Smoke Signals» von Fanny Bräuning und Kaspar Kasics nachzutragen (Filmkritik in der NZZ vom 16. 4. 09, «Einst waren sie Krieger»). In dem Film wird nicht ein anderes Bild vom Indianerreservat Pine Ridge in South Dakota gezeigt, aber eines, das nicht nur trostlos ist und von den Bewohnern nicht nur als hoffnungslos empfunden wird. Denn der Film zeigt Menschen, die stolz auf ihre indianische Herkunft sind und mit ihrem von ihnen selbst betriebenen Radiosender Kili Radio, der «als Drehscheibe für alles und alle im Reservat fungiert», sich ausdrücken, ihre Erfahrungen mitteilen und sich vielleicht eine bewusstere, lebenswerte Zukunft aufbauen können.

Elettra Curetti Schärer, Zürich

KORRIGENDA

zz. · Die Besprechung von Hans Maiers Buch «Böse Jahre, gute Jahre» (Feuilleton vom 7. 6. 11) ist mit einer Fotografie illustriert worden, die, anders als angegeben, nicht Hans Maier und seine Gattin zeigt. Die Bildagentur, die die Fotografie falsch gekennzeichnet hatte, kann nicht mehr eruieren, wer tatsächlich darauf abgebildet ist.

zz. · Im Artikel über die Kritik des ehemaligen Mossad-Chefs Meir Dagan an der israelischen Regierung (NZZ 8. 6. 11) erschien fälschlicherweise das Porträtbild von Dagans Nachfolger, Tamir Pardco.

Mitteilung des Verlags

Annahmeschluss Anzeigen für Pfingsten

Ausgabe	Annahmeschluss	
Mittwoch, 15. Juni	Freitag, 10. Juni	12.00 Uhr

Die Ausgabe von Montag, 13. Juni, fällt aus.

Todesanzeigen
Am Vortag der Publikation zwischen 14 und 18 Uhr beim Empfang, Eingang Falkenstrasse 11, abgeben oder per Fax 044 258 16 77 oder per E-Mail: anzeigen@nzzmedia.ch.

Neue Zürcher Zeitung
UND
SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 232. Jahrgang

REDAKTION
Chefredaktor: Markus Spillmann
Stellvertreter: René Zeller
Nachrichtenchef: Luzi Bernet, **Stv.:** Adrian Krebs
Koordination: Nicoletta Wagner

International: Martin Woker, Jürg Dedial, Beat U. Wieser, Nicoletta Wagner, Cyrill Stieger, Eric Gujer, Anton Christen, Andreas Rüesch, Oswald Iten, Meret Baumann
Schweiz: René Zeller, Christoph Wehrli, Claudia Schoch, Hanspeter Mettler, Claudia Baer, Markus Hofmann, Martin Senti, Paul Schneeberger, Simon Gemperli, Davide Scruzzi.
Bundeshaus: Beat Waber, Katharina Fontana, Niklaus Nuspliger
Medien: Rainer Stadler
Wirtschaft / Börse: Peter A. Fischer, Werner Enz, Beat Gygi, Ermes Gallarotti, Sergio Aiolfi, Christin Severin, Nicole Rütti Ruzicic, Andrea Martel Fus, Michael Rasch, Giorgio V. Müller, Michael Ferber, Thomas Stamm, Lucie Paška, Hansueli Schöchli
Feuilleton: Martin Meyer, Roman Hollenstein, Angela Schader, Peter Hagmann, Barbara Villiger Heilig, Andreas Breitenstein, Andrea Köhler, Uwe Justus Wenzel, Roman Bucheli, Susanne Ostwald, Samuel Herzog
Zürich: Thomas Ribi, Michael Baumann, Rebekka Haefeli, Christina Neuhaus, Dorothee Vögeli, Florian Sorg, Irène Troxler, Urs Bühler, Walter Bernet, Brigitte Hürlimann, Stefan Hotz, Adi Kälin, Natalie Avanzino, Susanna Ellner.
Zürcher Kultur: Urs Steiner, Philipp Meier, Ueli Bernays
Sport: Elmar Wagner, Peter Jegen, Christoph Fisch, Flurin Clalüna, Andreas Kopp, Benjamin Steffen, Daniel Germann
Nachrichtenredaktion: Claudia Schwartz, Susanne Ostwald, Manuela Nyffenegger
Reporter: Marcel Gyr, Alois Feusi
Wissenschaft / Forschung und Technik: Christian Speicher, Alan Niederer, Stephanie Kusma, Hanna (Lena Johanna) Wick
Beilagen (Bildung und Gesellschaft / Mobil · Digital / Reisen und Freizeit): Walter Hagenbüchle, Friedemann Bartu, Stefan Betschon, Susanna Müller, Claudia Wirz.
NZZ-Campus: Ronald Schenkel

GESTALTUNG / PRODUKTION
Leitung Art-Direction/Bild: Brigitte Meyer. **Leitung Fotografen:** Christoph Ruckstuhl. **Produktionsleitung:** Hansruedi Frei. **Korrektorat:** Stephan Dové. **Archiv:** Ruth Haener

WEITERE REDAKTIONEN
NZZ-Folio: Daniel Weber. **NZZ Film und Fernsehen:** Wolfgang Frei. **NZZ Online:** Urs Holderegger. **NZZ am Sonntag:** Felix E. Müller. **Projektmanagement:** Fredy Greuter.

NZZ-MEDIENGRUPPE
Albert P. Stäheli (CEO)

GESCHÄFTSBEREICH NZZ
Markus Spillmann (Leitung Medien und Publizistik), Marius Hagger (Verlag), Felix E. Müller (NZZ am Sonntag), Peter Hogenkamp (Digitale Medien)

ADRESSEN
Redaktion: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 252 13 29
Internet: www.nzz.ch, E-Mail: redaktion@nzz.ch
Verlag: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 258 13 23, E-Mail: verlag@nzz.ch
Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich
Schweiz: Tel. 044 258 15 30, Fax 044 258 18 39
E-Mail: leserservice-schweiz@nzz.ch
International: Tel. +41 44 258 18 03, Fax +41 44 258 18 29, E-Mail: leserservice-international@nzz.ch
Inserate: Publicitas, NZZ Media, Falkenstr. 11, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 16 98, Fax 044 258 13 70
E-Mail: anzeigen@nzzmedia.ch, Internet: www.nzzmedia.ch
Druck: Zürcherstr. 39, CH-8952 Schlieren; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 258 18 74, E-Mail: print@nzz.ch

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWSt.)
Abonnement Inland inkl. Internetausgabe NZZ E-Paper: 548 Fr. (12 Monate), 302 Fr. (6 Monate), 165 Fr. (3 Monate). Für Umleitungen wird eine Bearbeitungsgebühr von 7 Fr. erhoben. Unterbrüche, die mehr als 6 aufeinanderfolgende Ausgabetage umfassen, werden ab der 7. Ausgabe vergütet.
Kombi-Abonnement inkl. NZZ am Sonntag und Internetausgabe NZZ E-Paper: 651 Fr. (12 Monate), 366 Fr. (6 Monate), 205 Fr. (3 Monate)
Abonnement Deutschland und Österreich inkl. Internetausgabe NZZ E-Paper: 423 € (12 Monate), 225 € (6 Monate), 113 € (3 Monate). Übrige Auslandpreise auf Anfrage
Abonnement NZZ E-Paper: 394 Fr. (12 Monate), 218 Fr. (6 Monate), 119 Fr. (3 Monate)
Studenten und Lernende: 40 Prozent Rabatt auf Abonnementspreise (mit gültigem Studenten- und Lehrlingsausweis)
Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2011

BEGLAUBIGTE AUFLAGE
Verkaufte Auflage: 136 894 Expl. (WEMF 2010)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.
© Neue Zürcher Zeitung AG